

Heidelberg Pharma AG

Ladenburg

Prüfung des Vergütungsberichts nach
§ 162 Abs. 3 AktG für das Geschäftsjahr vom
1. Dezember 2024 bis zum 30. November 2025

Heidelberg Pharma AG

Ladenburg

Prüfung des Vergütungsberichts nach
§ 162 Abs. 3 AktG für das Geschäftsjahr vom
1. Dezember 2024 bis zum 30. November 2025

VERGÜTUNGSBERICHT DER HEIDELBERG PHARMA AG

für das Geschäftsjahr vom 1. Dezember 2024 bis 30. November 2025
(Geschäftsjahr 2025) mit der Vergleichsperiode 1. Dezember 2023 bis
30. November 2024 (Geschäftsjahr 2024)

Der vorliegende Vergütungsbericht erläutert detailliert die im Geschäftsjahr 2025 den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Heidelberg Pharma AG individuell gewährte und geschuldete Vergütung. Der Vergütungsbericht entspricht den regulatorischen Anforderungen des § 162 AktG.

Der Vergütungsbericht fasst nachfolgend die Grundsätze zusammen, die auf die Festsetzung der Gesamtvergütung des Vorstands der Heidelberg Pharma AG Anwendung finden, und erläutert die Struktur sowie die Höhe der Vergütung der Vorstandsmitglieder. Ferner werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats beschrieben.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2025 änderte sich die Zusammensetzung des Vorstands der Gesellschaft: Die Bestellung von Prof. Dr. Andreas Pahl als Mitglied und Sprecher des Vorstands wurde am 24. November 2025 widerrufen und Dr. Dongzhou Jeffery Liu mit sofortiger Wirkung zum Mitglied des Vorstands und Vorstandsvorsitzenden bestellt. Dipl.-Kfm. Walter Miller war hingegen ganzjährig als Vorstand für Finanzen tätig.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates änderte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt:

Prof. Dr. Christof Hettich und Dr. Friedrich von Bohlen und Halbach, die seit 2010 bzw. 2005 dem Aufsichtsrat der Heidelberg Pharma AG angehörten, standen bei der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft am 15. Mai 2025 nicht mehr zur Wiederwahl. An ihre Stelle wurden Dr. Karl Benedikt Biesinger und Dr. Klaus Schollmeier neu in den Aufsichtsrat gewählt. Dr. Georg F. Baur, Dr. Mathias Hothum, Dr. Birgit Kudlek, Dr. Yan Xia und Dr. Dongzhou Jeffery Liu wurden wiedergewählt. In der anschließenden konstituierenden Aufsichtsratssitzung wurde Dr. Biesinger zum neuen Vorsitzenden sowie Dr. Baur und Dr. Hothum zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Dr. Lius Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Heidelberg Pharma AG ruht seit dem 24. November 2025.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Vergütung von Prof. Dr. Pahl aus Transparenzgründen ganzjährig als Vorstandsmitglied gezeigt wird, denn trotz Abberufung als Vorstandsmitglied bezieht er diese unverändert weiter. Inkludiert ist also auch seine Vergütung im Zeitraum nach dem 24. November 2025 bis zum Geschäftsjahresende am 30. November 2025. Dr. Liu wiederum erhält ab dem 24. November 2025 eine Vergütung als Mitglied des Vorstands und Vorstandsvorsitzender, welche *pro rata temporis* (entsprechend der Dauer der Vorstandszugehörigkeit) angegeben wird, also lediglich für die wenigen Tage seiner Amtszeit im abgelaufenen Geschäftsjahr. Seine Vergütung als Mitglied des Aufsichtsrats endete mit Ablauf des 23. November 2025.

1 VERGÜTUNG DER MITGLIEDER DES VORSTANDS

1.1 Überblick über das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands

Die Festlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Heidelberg Pharma AG unterliegt der Zuständigkeit des Aufsichtsratsplenums und wird regelmäßig unter Berücksichtigung der Vorgaben der §§ 87, 87a AktG sowie der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex überprüft. In der ordentlichen Hauptversammlung 2025 unter Tagesordnungspunkt 5 haben Vorstand und Aufsichtsrat das geltende System zur Vergütung der Mitglieder des Vorstands vorgestellt. Dieses wurde entsprechend § 120a Absatz 1 AktG gebilligt.

Das Vergütungssystem für den Vorstand wird von der Gesellschaft beim Neuabschluss und Verlängerungen von Vorstandsdiensverträgen berücksichtigt.

Bei Vorstandsmitgliedern, die dem Vorstand nicht während eines vollen Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend der Dauer ihrer Vorstandszugehörigkeit bezahlt bzw. für die Dauer Ihres jeweiligen Dienstvertrages.

Bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems und der Höhe und Struktur der Vergütung des Vorstands berücksichtigt der Aufsichtsrat folgende Grundsätze:

- Die Vergütung der Vorstandsmitglieder leistet in ihrer Gesamtheit einen wesentlichen Anteil zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung sowie zur Förderung der Geschäftsstrategie.
- Die Vergütung der Vorstandsmitglieder stellt sicher, dass besondere Leistungen angemessen honoriert werden und Zielverfehlungen zu einer spürbaren Verringerung der Vergütung führen.
- Die Vergütung der Vorstandsmitglieder ist sowohl in ihrer Höhe als auch in ihrer Struktur marktüblich und trägt der Größe, der Komplexität sowie der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens Rechnung.
- Die Vergütung berücksichtigt den jeweiligen Verantwortungsbereich jedes Vorstandsmitglieds, die persönlichen Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie die Leistungen des Gesamtvorstands.

1.2 Bestandteile der Vergütung für die Mitglieder des Vorstands

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Vergütungsbestandteilen zusammen. Die erfolgsunabhängigen Bestandteile sind zum einen das Jahresfixgehalt und zum anderen Nebenleistungen, wie z. B. ein Dienstwagen auch zur privaten Nutzung und eine Altersversorgung. Die erfolgsabhängigen Vergütungsbestandteile umfassen eine kurzfristige variable Vergütung (variabler Jahresbonus) und eine langfristige variable Vergütung (Aktienoptionen).

Durch die Kombination von erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Vergütungskomponenten schafft die Gesellschaft einen attraktiven Anreiz für bestehende und potenzielle Vorstandsmitglieder, zu einer nachhaltigen und langfristigen Unternehmensentwicklung beizutragen. Variable Vergütungen sind der wesentliche materielle Anreiz, um die Ziele der Geschäftspolitik zu verfolgen. Sie sind Motivation und Belohnung für konkretes Handeln, für operative Leistungen, für strategische Entscheidungen, die die langfristige Entwicklung der Gesellschaft fördern, und für verantwortungsbewusstes Verhalten.

Gesamtübersicht der Vergütungsbestandteile:

Vergütungsbestandteil	Bemessungsgrundlage
Erfolgsunabhängige Vergütung	
Jahresfixgehalt (Festgehalt)	Jahresfixgehalt wird in monatlichen Raten ausbezahlt
Nebenleistungen	Wie z. B. Dienstwagen, Altersversorgung
Erfolgsabhängige Vergütung	
Kurzfristige variable Vergütung	Variabler Jahresbonus
Langfristige variable Vergütung	Aktioptionen

1.3 Erfolgsunabhängige Vergütung

Jedes Vorstandsmitglied erhält eine erfolgsunabhängige feste (fixe) Vergütung. Das jährliche Festgehalt wird für die Laufzeit des Anstellungsvertrages festgelegt und in zwölf gleichen Monatsraten gezahlt.

Die Höhe der festen Vergütung wird auf der Grundlage der vorstehend dargestellten Grundsätze festgelegt. Die Vergütung orientiert sich an der wirtschaftlichen Lage der Heidelberg Pharma AG sowie am Vergütungsniveau im Wettbewerbsumfeld.

Neben dem Festgehalt werden den Mitgliedern des Vorstands folgende Nebenleistungen gewährt:

- Bereitstellung eines Dienstwagens oder BahnCard 100 1. Klasse, bis zu einem maximalen Betrag (für die Leasingrate eines Dienstwagens) von 1.000 € pro Monat;
- Abschluss einer Unfallversicherung (Deckungssumme Todesfall 100.000 € und Invaliditätsfall 500.000 €) und entsprechende Zahlung der Versicherungsbeiträge;
- Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung: Die einzelnen Zuschüsse entsprechen in ihrer Höhe der Hälfte der von dem Vorstandsmitglied gezahlten Beiträge, höchstens jedoch dem jeweils unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Beitragsbemessungsgrenzen gesetzlich geschuldeten Höchstbetrag des Arbeitgeberanteils der Kranken- und Pflegeversicherung;
- Abschluss einer D&O-Versicherung mit Selbstbehalt entsprechend der gesetzlich vorgeschriebenen Mindesthöhe;
- Zahlung eines Betrags von bis zu maximal 14.000 € pro Jahr für die Altersversorgung;
- Zahlung einer Auslagenpauschale zwecks Erstattung von Reisekosten.

Generell werden die Kosten von Dienstreisen erstattet, jedoch gilt dies nicht als Vergütungskomponente.

Dr. Liu, Dipl.-Kfm. Miller und Prof. Dr. Pahl wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr neben der festen Vergütung in Höhe von 6 T€ (pro rata temporis, siehe oben), 249 T€ bzw. 300 T€ keine Sachbezüge im Kontext einer Altersversorgung gewährt.

Zusätzlich wurde Prof. Dr. Pahl im gesamten Geschäftsjahr ein Firmenwagen auch zur privaten Nutzung zur Verfügung gestellt. Der Wert dieses Sachbezuges summierte sich 2025 auf 7 T€ (Vorjahr: 6 T€). Die Herren Dr. Liu und Dipl.-Kfm. Miller nehmen keinen Dienstwagen in Anspruch und erhalten dafür eine monatliche Kompensation in Höhe von 1 T€ („car allowance“), was sich bei Herrn Dipl.-Kfm. Miller wie im Vorjahr auf 12 T€ und bei Dr. Liu erstmalig auf 233 € summiert.

Im vorangegangenen Geschäftsjahr 2024 erhielt das ehemalige Vorstandsmitglied Dr. Jan Schmidt-Brand folgende Bezüge: 214 T€ feste Vergütung und 14 T€ Sachbezug. Hierin eingerechnet sind auch seine Bezüge nach Beendigung seiner Vorstandstätigkeit, die er von Dezember 2023 bis Januar 2024 ausübte, bis zum Renteneintritt im September 2024.

Darüber hinaus bestehen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands keine Sachbezugsverpflichtungen der Gesellschaft.

1.4 Erfolgsabhängige Vergütung

Neben der erfolgsunabhängigen Vergütung haben die Mitglieder des Vorstands Anspruch auf eine erfolgsabhängige Vergütung. Diese Vergütung ist davon abhängig, in welchem Umfang persönliche Ziele und Erfolgsziele der Heidelberg Pharma erreicht wurden. Die erfolgsabhängige Vorstandsvergütung orientiert sich vor allem an langfristigen, nachhaltigen, strategischen und finanziellen Unternehmenszielen und bezieht sich auf das Erreichen definierter Meilensteine, welche zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres festgelegt werden. Der Zusammenhang zwischen der Erreichung der Ziele und der variablen Vergütung wird vorher festgelegt und darf nicht nachträglich verändert werden. Der Grad der Zielerreichung und die damit verbundene Höhe der variablen Vergütung werden durch den Aufsichtsrat beurteilt und festgestellt.

Kurzfristige variable Vergütung für die Geschäftsjahre 2024 und 2025

Vom Aufsichtsrat werden jährlich sowohl einheitliche kurzfristige Ziele für alle Vorstandsmitglieder als auch darüber hinaus für jedes Vorstandsmitglied individuell geltende kurzfristige Ziele festgelegt. Die kurzfristigen Ziele werden vom Aufsichtsrat untereinander gewichtet. Grundsätzlich können kurzfristige Ziele zwischen 0 % und 100 % erreicht werden. Die Zielerreichung wird arithmetisch, gegebenenfalls mit einer entsprechenden Gewichtung der Ziele, ermittelt (z.B. 4 von 5 vollständig erreichten Zielen = 80 % Zielerreichung). Aus dem Grad der Zielerreichung, bezogen auf die einzelnen Ziele unter Berücksichtigung der diesem Ziel zugeordneten Gewichtung, errechnet sich die Höhe der Jahreserfolgsvergütung.

Für das Geschäftsjahr 2024 wurden einzelne Leistungskriterien und deren Gewichtung für die Mitglieder des Vorstands aus nachfolgenden Zielbereichen definiert: ATAC-Produktentwicklung sowie Forschung (Gewichtung: 50 %), Lizenzierung (Gewichtung: 30 %) und Finanzierung (Gewichtung: 20 %).

Leistungskriterien	Bewertungsrelevante Kriterien	Gewichtung	Leistungskorridor	Zielerreichung*
ATAC-Produktentwicklung und Forschung	Vorantreiben der Entwicklungsprojekte HDP-101, HDP-102 sowie HDP-201	50 %	0 % - 100 %	80 %
Lizenzierung	Abschluss von neuen ATAC- Lizenzoptions-, Produktlizenz- oder Technologieverträgen mit zumindest regionalen Rechten	30 %	0 % - 100 %	80 %
Finanzierung	Abschluss einer externen Finanzierung mit Investitionen von mindestens 30 Mio. €	20 %	0 % - 100 %	80 %

*Festlegung durch den Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2025.

Gesamtzielerreichung: 80 %

Der maximale Bonus von Prof. Pahl betrug infolge seiner ab Januar 2024 gültigen Vertragsanpassung 118 T€, derjenige für Dipl.-Kfm. Miller betrug 80 T€. Dr. Schmidt-Brand stand für 2024 ein maximaler jährlicher Bonus in Höhe von 83 T€ zu (dienstzeitanteilig bis Renteneintritt).

Für das Geschäftsjahr 2024 wurden den Vorstandsmitgliedern folgende Summen als Bonus im Jahr 2025 ausgezahlt:

Vorstandsmitglied	Bonusobergrenze 2024	Gesamtzielerreichung 2024	Im Jahr 2025 ausgezahlter Bonus für das Geschäftsjahr 2024
Prof. Dr. Pahl	118 T€	80 %	95 T€
Dipl.-Kfm. Miller	80 T€	80 %	64 T€
Dr. Schmidt-Brand	83 T€	80 %	66 T€

Für das Geschäftsjahr 2025 wurden einzelne Leistungskriterien und deren Gewichtung für die Mitglieder des Vorstands aus nachfolgenden Zielbereichen definiert: ATAC-Produktentwicklung sowie Forschung (Gewichtung: 60 %), Lizenzierung (Gewichtung: 20 %) und Finanzierung (Gewichtung: 20 %). Zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Vergütungsberichtes wurde seitens des Aufsichtsrats noch keine Entscheidung über die Erreichung der festgelegten Ziele getroffen. In der Regel erfolgt dies im zweiten Tertial des folgenden Geschäftsjahres.

Leistungskriterien	Bewertungsrelevante Kriterien	Gewichtung	Leistungskorridor	Zielerreichung*
ATAC-Produktentwicklung und Forschung	Vorantreiben der Entwicklungsprojekte HDP-101, HDP-102, HDP-103 sowie HDP-201	60 %	0 % - 100 %	n/a
Lizenzierung	Abschluss von neuen ATAC- Lizenzoptions-, Produktlizenz- oder Technologieverträgen mit zumindest regionalen Rechten	20 %	0 % - 100 %	n/a
Finanzierung	Abschluss einer externen Finanzierung mit Investitionen von mindestens 30 Mio. €	20 %	0 % - 100 %	n/a

*Wird durch den Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2026 festgelegt.

Gesamtzielerreichung: n/a

Dr. Lius jährlicher Bonus für das Geschäftsjahr 2025 ist auf maximal 120 T€ begrenzt. Seine maximale jährliche Vergütung aus fester und kurzfristiger variabler Vergütung beträgt damit zeitanteilig 9 T€ (inklusive car allowance).

Dipl.-Kfm. Millers jährlicher Bonus ist infolge der unterjährig erfolgten Vertragsverlängerung mit angepassten Konditionen auf 93 T€ begrenzt. Die maximale Vergütung für das Geschäftsjahr 2025 aus fester und kurzfristiger variabler Vergütung beträgt 360 T€ (inklusive car allowance).

Aus Transparenzgründen ist darauf hinzuweisen, dass der maximale jährliche Bonus von Prof. Dr. Pahl für das Jahr 2025 weiterhin 120 T€ beträgt und seine maximale Vergütung auch nach Abberufung als Vorstand der Gesellschaft somit 427 T€ (inklusive Dienstwagen) ausmachen kann.

Dr. Schmidt-Brand steht für 2025 keine Vergütung mehr zu.

Langfristig variable Vergütung

Des Weiteren können die Vorstände als langfristig variable Vergütung Aktienoptionen auf der Grundlage des im Zeitpunkt der Ausgabe gültigen Aktienoptionsprogramms der Gesellschaft erhalten. Dazu ist keine Gegenleistung wie z. B. eine Barzahlung der Begünstigten, zu erbringen. Hierdurch sollen Leistungsanreize geschaffen werden, die auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit des Unternehmenserfolgs ausgerichtet sind. Die Vorstandsmitglieder erhalten in diesem Fall Aktienoptionen, die entweder in einer Tranche oder mehreren Tranchen ausgegeben werden.

Der Ausübungspreis entspricht dem Durchschnittsschlusskurs der letzten 10 Handelstage vor Ausgabe der Aktienoptionen (Zuteilungstag). Die Vorstandsmitglieder können die Optionsrechte frühestens nach Ablauf einer Wartezeit von vier Jahren beginnend mit dem Zuteilungstag des jeweiligen Bezugsrechts ausüben. Innerhalb der vierjährigen Wartezeit werden bei fortwährender Betriebszugehörigkeit pro abgelaufenem Geschäftsquartal linear jeweils 1/16 der zugeteilten Aktienoptionen unverfallbar. Der unverfallbare Anteil an Aktienoptionen bleibt auch bei Ausscheiden oder Amtsniederlegung eines Vorstandsmitglieds in dessen Eigentum. Ein noch verfallbarer Anteil wäre in diesem Fall hingegen ersatzlos verwirkt.

Weitere zwei Voraussetzungen sind für eine Ausübung von Aktienoptionen erforderlich: Der Durchschnittsschlusskurs an den 10 Handelstagen vor der jeweiligen Ausübung beträgt 120 % des Ausübungspreises (absolutes Erfolgsziel). Der Vergleichspreis übersteigt den Ausübungspreis mindestens in dem Verhältnis, in dem der TecDAX (Kursindex) am letzten Börsenhandelstag vor dem jeweiligen Ausübungszeitraum den TecDAX am Ausgabetag übersteigt (relatives Erfolgsziel).

Diese Vergütungskomponente basiert auf den Aktienoptionsplänen 2011, 2017, 2018 und 2023, welche von den jeweiligen Hauptversammlungen beschlossen wurden und frühestens vier Jahren nach Ausgabe ausübbar sind.

Durch diese Wartezeit sowie die zugrundeliegenden Erfolgsziele wird ein langfristiger Anreiz zur Unternehmenswertsteigerung erreicht. Weitere Voraussetzungen über die Haltedauer hinaus sind nicht zu erfüllen.

Die Gewährung von Aktienoptionen wird vom Aufsichtsrat im Hinblick auf die jeweiligen Aufgaben des betreffenden Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die wirtschaftliche Lage, den Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens als auch die Üblichkeit der Vergütung unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds und der Vergütungsstruktur vorgenommen.

Der Aufsichtsrat legt sowohl die Vorstandsmitglieder fest, welchen Aktienoptionen gewährt werden, als auch die Anzahl der jeweils zu gewährenden Aktienoptionen. Ggf. bestehende vertragliche Verpflichtungen gegenüber Vorstandsmitgliedern sind dabei zu berücksichtigen, ansonsten erfolgt die Auswahl und Festlegung der Anzahl der Aktienoptionen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, des Beschlusses der Hauptversammlung und nach freiem Ermessen unter Berücksichtigung der jeweils individuellen Situation des einzelnen Vorstandsmitglieds. Ein Anspruch des einzelnen Vorstandsmitglieds auf den Bezug von Aktienoptionen besteht nicht. Derzeit gibt es keine konkreten Vorgaben oder definierten Zeitpunkte, ob und wann es zu einer Ausgabe von Aktienoptionen kommt.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden keine neuen Aktienoptionen ausgegeben.

Bis zum Bilanzstichtag 30. November 2025 ist bislang folgende Anzahl an Aktienoptionen an die im abgelaufenen Geschäftsjahr aktiven Mitglieder des Vorstands ausgegeben worden:

Aktienoptionsplan	Max. Ausgabe an Vorstandsmitglieder	Ausgegebene Aktienoptionen			
		Dr. D. J. Liu	Dipl.-Kfm. W. Müller	Prof. Dr. A. Pahl	Gesamt
2011	346.924	0	0	90.000*	90.000
2017	201.200	0	0	100.600	100.600
2018	298.100	0	0	111.525	111.525
2023	786.311	0	60.000	135.000	195.000
Gesamt	1.632.535	0	60.000	437.125	497.125

* 90.000 Optionsrechte wurden von Prof. Dr. Pahl unterjährig ausgeübt und in 90.000 Aktien gewandelt (siehe unten)

Dr. Schmidt-Brand hält als einziges ehemaliges Mitglieder des Vorstands noch 434.125 Aktienoptionen.

Gesamtbezüge

Zusammenfassend wurden für die Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2025 im Einzelnen folgende feste und variable Vergütungsbestandteile sowie Sachbezüge und beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Gewährung von Bezugsrechten (bzw. der Ausgabe von Aktienoptionen) aufwandswirksam erfasst. Die Darstellung enthält zudem, wie in § 162 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 AktG gefordert, den relativen Anteil der jeweiligen Vergütungsbestandteile an der Gesamtvergütung.

Vorstandsmitglied	Jahr	Feste Vergütung		Kurzfristige variable Vergütung ¹⁾		Sonstige Vergütungen (Sachbezüge)		Ausgabe Aktienoptionen		Gesamtvergütung ^{1) 2)} in €
		in €	in % Gesamt	in €	in % Gesamt	in €	in % Gesamt	in €	in % Gesamt	
Dr. Dongzhou Jeffery Liu	2025	5.833	85,0%	793	11,6%	233	3,4%	0	0,0%	6.860
	2024	-	n/a	-	n/a	-	n/a	-	n/a	-
Dipl.-Kfm. Walter Miller	2025	248.750	85,1%	31.563	10,8%	12.000	4,1%	0	0,0%	292.313
	2024	240.000	75,9%	64.000	20,3%	12.000	3,8%	0	0,0%	316.000
Prof. Dr. Andreas Pahl	2025	300.000	86,3%	40.800	11,7%	6.724	1,9%	0	0,0%	347.524
	2024	295.000	61,8%	94.700	19,9%	6.371	1,3%	81.000	17,0%	477.071
Dr. Jan Schmidt-Brand	2025	-	n/a	-	n/a	-	n/a	-	n/a	-
	2024	47.500	62,2%	14.667	19,2%	14.141	18,5%	0	0,0%	76.307

¹ Die exakte variable Vergütung wird in der Regel im folgenden Geschäftsjahr festgesetzt und daraufhin ausbezahlt. Die hier für das Geschäftsjahr 2025 angegebenen Werte basieren auf Rückstellungen, die aufgrund von Annahmen und Erfahrungswerten ermittelt wurden.

² Die Vergütung von Dr. Schmidt-Brand bezieht sich auf seine Tätigkeit als Sprecher des Vorstands der Heidelberg Pharma AG und als Geschäftsführer der Heidelberg Pharma Research GmbH. Von der Gesamtvergütung 2024 entfallen 48 T€ auf die Vorstandstätigkeit bei der Heidelberg Pharma AG.

Die nachfolgenden Übersichten zeigen die vom 2025 agierenden Vorstand im Verlauf des Berichtsjahres gehaltenen Aktienoptionen und deren Veränderungen sowie den darauf entfallenden Anteil des Personalaufwandes pro Begünstigten:

Vorstandsmitglied	01.12.2024	Zugänge	Verfall / Rückgabe	Ausübungen	30.11.2025
	in Stück	in Stück	in Stück	in Stück	in Stück
Dr. Dongzhou Jeffery Liu	0	0	0	0	0
Dipl.-Kfm. Walter Miller	60.000	0	0	0	60.000
Prof. Dr. Andreas Pahl	437.125	0	0	90.000	347.125
Gesamt	497.125	0	0	0	407.125

Vorstandsmitglied	Aufwand in der Gesamtergebnisrechnung 2025 nach IFRS 2 in €	Zeitwert aller gehaltenen Aktienoptionen ¹ in €
Dr. Dongzhou Jeffery Liu	0	0
Dipl.-Kfm. Walter Miller	27.721	105.000
Prof. Dr. Andreas Pahl	30.191	490.700 ²
Gesamt	57.912	595.700

¹ Zum jeweiligen Ausgabedatum.

² Reduktion im Vergleich zum Vorjahr durch unterjährige Ausübung von 90.000 Optionsrechten durch Prof. Pahl

Ehemalige Vorstandsmitglieder (neben Dr. Schmidt-Brand) halten zum Bilanzstichtag 30. November 2025 weder Optionsrechte noch wurde ein Aufwand dafür erfasst.

Folgende Werte ergeben sich für die vorangegangene Periode:

Vorstandsmitglied	01.12.2023 in Stück	Zugänge in Stück	Verfall / Rückgabe in Stück	Ausübungen in Stück	30.11.2024 in Stück
Prof. Dr. Andreas Pahl	362.125	75.000	0	0	437.125
Dipl.-Kfm. Walter Miller	60.000	0	0	0	60.000
Dr. Jan Schmidt-Brand	434.125	0	0	0	434.125
Gesamt	856.250	75.000	0	0	931.250

Vorstandsmitglied	Aufwand in der Gesamtergebnisrechnung 2024 nach IFRS 2 in €	Zeitwert aller gehaltenen Aktienoptionen ¹ in €
Prof. Dr. Andreas Pahl	68.743	617.600
Dipl.-Kfm. Walter Miller	55.030	105.000
Dr. Jan Schmidt-Brand ²	119.386	638.120
Gesamt	243.159	1.360.720

¹ Zum jeweiligen Ausgabedatum.

² Durch Beschluss des Aufsichtsrats wurden sämtliche Aktienoptionen von Dr. Schmidt-Brand unverfallbar, was einen überproportionalen Aufwand nach sich gezogen hat

1.5 Sonstige Vergütungsbestimmungen

Malus- und Clawback-Regelungen

Es besteht keine Möglichkeit, variable Vergütungsbestandteile zurückzufordern (sog. Malus- und Clawback-Regelungen). Demzufolge hat eine solche Rückforderung nicht stattgefunden.

Maximalvergütung

Für die Vergütung der Mitglieder des Vorstands besteht eine Begrenzung auf einen maximalen Höchstbetrag. Diese festgelegte maximale Höchstvergütung wurde im Berichtszeitraum von keinem Vorstandsmitglied überschritten.

Die Maximalvergütung kann erreicht werden, wenn im jeweiligen Geschäftsjahr neben der Zahlung der festen Vergütung (Jahresfixgehalt und Versorgungszusagen) in Bezug auf die variablen Vergütungsbestandteile (kurzfristiger Bonus und Aktienoptionen) die folgenden Umstände vorliegen:

- In Bezug auf die kurzfristige variable Vergütung liegt eine 100 %ige Zielerreichung des betreffenden Vorstandsmitglieds vor.
- Ein Vorstandsmitglied erhält 100 % der für Vorstandsmitglieder verbleibenden Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsplan 2023, also 531.311 Stück.
- Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) einer ausgegebenen Aktienoption beträgt 1,58 € (der Mittelwert aller sechs Ausgabentranchen der letzten zehn Jahre)
- Der Ausgabepreis der Aktienoptionen entspricht in etwa dem aktuellen Börsenkurs der Aktie der Gesellschaft, d. h. ca. 3,00 €.
- Der Börsenkurs der Aktie der Gesellschaft steigt während der Wartefrist von vier Jahren um 100 %.
- Sämtliche der vielfältigen Erfolgsziele des Aktienoptionsplans sind erfüllt und es greift keine Begrenzung der Bezüge gemäß den Regelungen des Aktienoptionsplans (Cap).

Diese **rein hypothetische Maximalvergütung** für das betreffende Vorstandsmitglied unterliegt Annahmen und beträgt zum Bilanzstichtag 30. November 2025 und bei Vorliegen aller oben aufgezählten Voraussetzungen per annum 2.964.414 €.

Leistungen bei Vertragsbeendigung

Für den Fall der Beendigung einer Vorstandstätigkeit hat kein Vorstandsmitglied einen vertraglichen Anspruch auf Abfindungszahlungen.

Die Vorstandsdiensverträge enthalten keine Sonderkündigungsrechte und keine Abfindungsansprüche für den Fall eines Kontrollwechsels.

2 VERGÜTUNG DER MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten gemäß Satzung der Gesellschaft für jedes volle Geschäftsjahr ihrer Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat eine feste Vergütung in Höhe von 15.000 €. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats bekommt eine feste Vergütung von 35.000 €, die stellvertretenden Vorsitzenden eine feste Vergütung von 25.000 €. Die Aufsichtsratsvergütung wird in vier Raten gleicher Höhe, und zwar jeweils am letzten Kalendertag des Monats Februar sowie am 31. Mai, 31. August und 30. November eines jeden Geschäftsjahres, fällig.

Für eine Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats wird eine pauschale Vergütung in Höhe von 3.000 €, für den Vorsitz eine pauschale Vergütung von 7.000 € pro Geschäftsjahr und Ausschuss gewährt – dies jeweils mit einer Beschränkung der Vergütung auf Tätigkeiten in höchstens zwei Ausschüssen. Über diese individuelle Beschränkung hinaus ist die Höchstsumme, die Heidelberg Pharma AG für Ausschusstätigkeiten aller Aufsichtsratsmitglieder gewährt, auf insgesamt 54.600 € je Geschäftsjahr begrenzt. Sollte dieser Maximalbetrag nicht zur Vergütung aller Mitgliedschaften und Vorsitze in

Aufsichtsratsausschüssen ausreichen, wird er unter Berücksichtigung der vorstehenden Vorschriften proportional auf alle Ausschussmitglieder und -vorsitzenden verteilt, sofern nicht der Aufsichtsrat einstimmig eine abweichende Regelung beschließt.

Für die Teilnahme an maximal sechs Aufsichtsratssitzungen pro Geschäftsjahr wird ein zusätzliches Sitzungsgeld gezahlt, das sich für den Sitzungsleiter auf 3.000 € und für jedes sonstige Mitglied auf 1.500 € je Sitzung beläuft. Im Falle einer telefonischen bzw. virtuellen Sitzungsteilnahme wird nur die Hälfte des Sitzungsgeldes gewährt. Das Sitzungsgeld ist zusammen mit der festen Aufsichtsratsvergütung fällig. Für Sitzungen von Ausschüssen des Aufsichtsrats wird kein Sitzungsgeld gezahlt.

Aufsichtsratsmitgliedern, die dem Aufsichtsrat nicht während eines vollen Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend der Dauer ihrer Aufsichtsratszugehörigkeit bezahlt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine variable Vergütung. Ebenso wenig werden ihnen Aktienoptionen oder ähnliche Rechte gewährt. Bei Mandatsbeendigung besteht kein Anspruch auf eine Abfindung.

Im Geschäftsjahr 2025 erhielten die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vergütung in Höhe von 224.398 € (Vorjahr: 200.250 €) zuzüglich der Erstattung von Reisekosten.

Die Vergütung ist in nachstehender Tabelle individualisiert ausgewiesen:

Aufsichtsratsmitglied	Jahr	Feste Vergütung		Sitzungsgeld		Ausschusspauschale		Gesamtvergütung in €
		in €	in % Gesamt	in €	in % Gesamt	in €	in % Gesamt	
Dr. Karl Benedikt Biesinger (ab 15.05.2025)	2025	19.099	58,5%	9.750	29,8%	3.820	11,7%	32.669
	2024	-	n/a	-	n/a	-	n/a	0
Dr. Georg F. Baur	2025	25.000	62,3%	6.750	16,8%	8.363	20,8%	40.113
	2024	25.000	65,8%	3.000	7,9%	10.000	26,3%	38.000
Dr. Mathias Hothum	2025	25.000	69,0%	8.250	22,8%	3.000	8,3%	36.250
	2024	25.000	73,5%	6.000	17,6%	3.000	8,8%	34.000
Dr. Birgit Kudlek	2025	15.000	57,2%	7.500	28,6%	3.738	14,2%	26.238
	2024	15.000	71,4%	3.000	14,3%	3.000	14,3%	21.000
Dr. Yan Xia	2025	15.000	76,9%	4.500	23,1%	0	0,0%	19.500
	2024	15.000	83,3%	3.000	16,7%	0	0,0%	18.000
Dr. Klaus Schollmeier (ab 15.05.2025)	2025	8.185	49,8%	4.875	29,7%	3.360	20,5%	16.420
	2024	-	n/a	-	n/a	-	n/a	0
Dr. Dongzhou Jeffery Liu (bis 23.11.2025)	2025	14.695	64,4%	4.500	19,7%	3.616	15,9%	22.812
	2024	15.000	71,4%	3.000	14,3%	3.000	14,3%	21.000
Prof. Dr. Christof Hettich (bis 15.05.2025)	2025	15.901	72,0%	3.000	13,6%	3.180	14,4%	22.081
	2024	35.000	70,7%	7.500	15,2%	7.000	14,1%	49.500
Dr. Friedrich von Bohlen und Halbach (bis 15.05.2025)	2025	6.815	82,0%	1.500	18,0%	0	0,0%	8.315
	2024	15.000	80,0%	3.750	20,0%	0	0,0%	18.750

3 VERGLEICHENDE DARSTELLUNG DER JÄHRLICHEN VERÄNDERUNG DER VERGÜTUNG UND ERTRAGSENTWICKLUNG DER GESELLSCHAFT

Die nachfolgende Tabelle zeigt gemäß § 162 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 AktG die vergleichende Darstellung der jährlichen Veränderung der Vergütung der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates, der Ertragsentwicklung der Heidelberg Pharma AG sowie die durchschnittliche Vergütung der Arbeitnehmer auf Vollzeitäquivalenzbasis für die letzten fünf Geschäftsjahre.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates entspricht der Gesamtvergütung gem. § 162 Abs. 1 Satz 1 AktG.

Für die Ertragsentwicklung werden die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis der Heidelberg Pharma AG (nach HGB) und des Heidelberg Pharma-Konzerns (nach IFRS) herangezogen.

Die durchschnittliche Vergütung der Arbeitnehmer auf Vollzeitäquivalenzbasis (FTE) bezieht sich auf die Mitarbeiter des Heidelberg Pharma-Konzerns exklusive des Vorstands. Für das Geschäftsjahr 2025 sind dies durchschnittlich 103 Mitarbeiter. Zu der durchschnittlichen Vergütung zählen der Personalaufwand für Löhne und Gehälter, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und das Geschäftsjahr betreffende kurzfristige variable Vergütungsbestandteile.

Geschäftsjahr	2021	Relative Veränderung in %	2022	Relative Veränderung in %	2023	Relative Veränderung in %	2024	Relative Veränderung in %	2025	Relative Veränderung in %
Ertragsentwicklung										
Umsatzerlöse HDP AG (in T€)	0	n/a	9.867	n/a	4.671	-52,7%	4.797	2,7%	4.853	1,2%
Umsatzerlöse HDP-Konzern (in T€)	1.750	-79,4%	19.904	1.037%	9.859	-50,5%	6.849	-30,5%	1.457	-78,7%
Jahresergebnis HDP AG (in T€)	-25.160	-38,1%	-20.122	20,0%	-16.545	17,8%	175.148 ¹	1.158,6% ¹	-94.339	-153,9%
Jahresergebnis HDP-Konzern (in T€)	-26.139	-42,3%	-18.312	29,9%	-20.346	-11,1%	-19.382	4,7%	-42.281	-118,1%
Mitarbeitervergütung										
Summe Löhne und Gehälter sowie Kosten der sozialen Sicherheit	6.489	16,5%	7.800	20,2%	8.455	8,4%	9.537	12,8%	10.913	14,4%
Anzahl Mitarbeiter ohne Vorstand (in FTE)	82	13,2%	94	14,7%	97	3,3%	97	0,0%	103	6,3%
Durchschnittliche Vergütung Arbeitnehmer (in T€)	80	3,0%	83	4,8%	87	4,9%	99	12,7%	110	11,7%
Vorstandsvergütung										
Dr. Dongzhou Jeffery Liu	--	--	--	--	--	--	--	--	7	-

Dipl.-Kfm. Walter Miller	--		--		299		316	5,8%	292	-7,5%
Prof. Dr. Andreas Pahl	442	49,8%	328	-25,8%	451	37,4%	477	5,9%	348	-27,2%
Dr. Jan Schmidt-Brand	474	35,0%	389	-17,9%	519	33,3%	76	-85,3%	0	-
Aufsichtsrats- vergütung										
Dr. Karl Benedikt Biesinger	--	--	--	--	--	--	--	--	33	--
Dr. Georg F. Baur	40	2,6%	40	0,0%	38	-5,0%	38	0,0%	40	5,6%
Dr. Mathias Hothum	31	24,0%	36	16,1%	34	-5,6%	34	0,0%	36	6,6%
Dr. Birgit Kudlek	28	7,7%	27	-3,6%	22	-19,4%	21	-3,4%	26	24,9%
Dr. Yan Xia	--	--	--	--	10	-	18	81%	20	8,3%
Dr. Klaus Schollmeier	--	--	--	--	--	--	--	--	16	--
Dr. Dongzhou Jeffery Liu	--	--	5	--	21	320,0%	21	0,0%	23	8,6%
Prof. Dr. Christof Hettich	54	1,9%	53	-1,9%	49	-6,6%	49	0,0%	22	-55,4%
Dr. Friedrich von Bohlen und Halbach	29	16,0%	25	-13,8%	18	-28,0%	19	4,2%	8	-55,7%
Dr. Brady Xumin Zhao	--	--	5	--	5	0,0%	--	--	0	--

¹ Angaben des Vorjahres korrigiert

Ladenburg, den 24. März 2026

Heidelberg Pharma AG

Für den Vorstand:

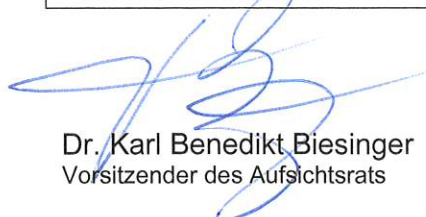


Dr. Dongzhou Jeffery Liu
Vorstandsvorsitzender



Dipl.-Kfm. Walter Miller
Vorstand für Finanzen

Für den Aufsichtsrat:



Dr. Karl Benedikt Biesinger
Vorsitzender des Aufsichtsrats

VERMERK DES UNABHÄNGIGEN WIRTSCHAFTSPRÜFERS ÜBER DIE PRÜFUNG DES VERGÜTUNGSBERICHTS NACH § 162 ABS. 3 AKTG

An die Heidelberg Pharma AG

Prüfungsurteil

Wir haben den Vergütungsbericht der Heidelberg Pharma AG für das Geschäftsjahr vom 1. Dezember 2024 bis zum 30. November 2025 daraufhin formell geprüft, ob die Angaben nach § 162 Abs. 1 und 2 AktG im Vergütungsbericht gemacht wurden. In Einklang mit § 162 Abs. 3 AktG haben wir den Vergütungsbericht nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung sind im beigegeführten Vergütungsbericht in allen wesentlichen Belangen die Angaben nach § 162 Abs. 1 und 2 AktG gemacht worden. Unser Prüfungsurteil erstreckt sich nicht auf den Inhalt des Vergütungsberichts.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Vergütungsberichts in Übereinstimmung mit § 162 Abs. 3 AktG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Die Prüfung des Vergütungsberichts nach § 162 Abs. 3 AktG (IDW PS 870 (09.2023)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach dieser Vorschrift und diesem Standard ist im Abschnitt „Verantwortung des Wirtschaftsprüfers“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben.

Unsere WP-Praxis hat die Anforderungen an das Qualitätsmanagementsystem des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) angewendet. Die Berufspflichten gemäß der WPO und der BS WP/vBP einschließlich der Anforderungen an die Unabhängigkeit haben wir eingehalten.

Verantwortung des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Vorstand und der Aufsichtsrat sind verantwortlich für die Aufstellung des Vergütungsberichts, einschließlich der dazugehörigen Angaben, der den Anforderungen des § 162 AktG entspricht. Ferner sind sie verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Vergütungsberichts, einschließlich der dazugehörigen Angaben, zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob im Vergütungsbericht in allen wesentlichen Belangen die Angaben nach § 162 Abs. 1 und 2 AktG gemacht worden sind, und hierüber ein Prüfungsurteil in einem Vermerk abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung so geplant und durchgeführt, dass wir durch einen Vergleich der im Vergütungsbericht gemachten Angaben mit den in § 162 Abs. 1 und 2 AktG geforderten Angaben die formelle Vollständigkeit des Vergütungsberichts feststellen können. In Einklang mit § 162 Abs. 3 AktG haben wir die inhaltliche Richtigkeit der Angaben, die inhaltliche Vollständigkeit der einzelnen Angaben oder die angemessene Darstellung des Vergütungsberichts nicht geprüft.

Umgang mit etwaigen irreführenden Darstellungen

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, den Vergütungsbericht unter Berücksichtigung der Kenntnisse aus der Abschlussprüfung zu lesen und dabei für Anzeichen aufmerksam zu bleiben, ob der Vergütungsbericht irreführende Darstellungen in Bezug auf die inhaltliche Richtigkeit der Angaben, die inhaltliche Vollständigkeit der einzelnen Angaben oder die angemessene Darstellung des Vergütungsberichts enthält.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten zu dem Schluss gelangen, dass eine solche irreführende Darstellung vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Haftungsbeschränkung

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit und Haftung gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Prüfungsvermerk beigefügten „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2024.

München, den 24. März 2026

Baker Tilly GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Ninnemann
Wirtschaftsprüfer

Weissingen
Wirtschaftsprüfer

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.